

Europagespräche des Instituts für Geschichte, Stiftung Universität Hildesheim

11.06.2012 – Andrea Brait: Museale Geschichtspolitik in Deutschland und Österreich  
– ein Vergleich  
(Wien)

Vergleicht man die Entwicklung der Museumslandschaft in Österreich und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, dann zeigt sich, dass Österreich viel früher ein Projekt zur Musealisierung der eigenen Geschichte in Angriff nahm als die beiden deutschen Staaten. Die Initiative von Karl Renner zur Gründung eines Museums der Ersten und Zweiten Republik starb jedoch mehr oder weniger mit dem Bundespräsidenten im Jahr 1950. In der DDR führte die Initiative zur Gründung eines Historischen Nationalmuseums hingegen 1952 zur Gründung des Museums für Deutsche Geschichte, das bis 1989 – streng überwacht und angeleitet von den führenden Gremien der SED – die offizielle Version der Sicht der DDR auf die deutsche Geschichte ausstellte. In der Bundesrepublik entstand in der Folge des Museumsbooms Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre der Wunsch dem Museum für Deutsche Geschichte eine bundesdeutsche Erzählung entgegen zu setzen. Dieser wurde in Form zweier Museumsprojekte kanalisiert. Massiv unterstützt durch Bundeskanzler Helmut Kohl wurden das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und das Deutsche Historische Museum noch in den 1980ern begründet; sie eröffneten 1994 bzw. 2006 ihre ersten Dauerausstellungen. In Österreich steht eine Realisierung eines Projekts zur Musealisierung der nationalen Geschichte hingegen noch aus. Ob sie je erfolgen wird ist fraglich, zumal die österreichische Bundesregierung derzeit eine Diskussion über das seit Ende der 1990er Jahre angedachte Projekt eines Hauses der Geschichte regelrecht verweigert und vorliegende Konzeptpapiere einer strengen Geheimhaltung unterliegen.

Referentin zu diesem Thema ist Dr. Andrea Brait, Senior Lecturer am Institut für Geschichte der Universität Wien, siehe zu ihrer Person und ihren Publikationen:

<http://homepage.univie.ac.at/andrea.brait>

Brait, geb. 1982, studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik an der Universität Wien. Sie ist Senior Lecturer am Institut für Geschichte der Universität Wien für den Bereich Geschichtsdidaktik sowie Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Organisatorische Leiterin des vom Zukunftsfonds der Republik Österreich geförderten und bei der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek angesiedelten Forschungsprojektes „Offene Grenzen, neue Barrieren und gewandelte Identitäten. Österreich, seine Nachbarn und die Transformationsprozesse in Politik, Wirtschaft und Kultur seit 1989“, forscht schwerpunktmäßig zu Museologie im deutschsprachigen Raum, zu Fragen des kollektiven und kulturellen Gedächtnisses, nationalen und transnationalen Identitäten und Gedächtnisorten sowie zur Geschichte Österreichs im 20. und 21. Jahrhundert. Brait hat zahlreiche Vorträge gehalten und Publikationen zu diesen Themen vorgelegt, zuletzt u.a.: Museale Einrichtungen als Wirtschaftsfaktor. Eine Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Schloss Schönbrunn Kultur- und Betriebsgesellschaft, in: Kühberger, Christoph/Pudlat, Andreas (Hrsg.): Vergangenheitbewirtschaftung. Public History zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, Innsbruck/Wien/Bozen 2012, Seite 139-158; Der kulturpolitische Umbruch in den 1980er und 1990er Jahren und die Debatten um Museen zur nationalen Geschichte – Österreich und Deutschland im Vergleich, in: Erker, Linda/Salzmann, Alexander/Dreidemy, Lucile/Sabo, Klaudija (Hrsg.): Update! Perspektiven der Zeitgeschichte. Zeitgeschichtetage 2010, Innsbruck/Wien/Bozen

2012, Seite 692-701; Gedächtnisort Historisches Nationalmuseum. Eine Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Debatten um Museumsneugründungen in Deutschland und Österreich, Wien 2011 (noch ungedruckte Dissertation).

Frau Brait vergleicht in ihrem Vortrag vor allem folgende ‚nationale‘ Museumsprojekte:

- das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn (HdG) und
- das Deutsche Historische Museum in Berlin (DHM)

für die Bundesrepublik Deutschland. In Österreich gibt es bis heute kein ‚nationales‘ Museum. Am ehesten entspricht einem solchen

- das Heeresgeschichtliche Museum (Wien).
- Darüber hinaus wird seit Ende der 1990er Jahre über ein Haus der Geschichte der Republik Österreich diskutiert.

Ihrer Untersuchung legte Brait einige Überlegungen zu Nationalmuseen zugrunde: Krzystof Pomian, führt Brait aus, unterscheidet zwei Typen von Nationalmuseen: Der eine Typus stellt aus, wie sich eine Nation am Universalen beteiligt, der andere hebt die außergewöhnlichen Komponenten einer Nation hervor. Es sei jedoch fraglich, so Brait, ob man ein Nationalmuseum zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht auch ganz anders gestalten könne, ob in einem solchen nicht auch transnationale Identitäten thematisiert werden können und Nationalstaatlichkeit kritisch hinterfragt werden könne.

Zunächst wendet sich die Rednerin den österreichischen Projekten zu. Hier gab es bereits seit 1946 Bemühungen um ein Nationalmuseum. Bundespräsident Karl Renner initiierte die Gründung eines „Museums der Ersten und Zweiten Republik“. Es gab sogar bereits einen fertiggestellten Ausstellungsraum, doch das Projekt starb mit seinem Begründer 1950, bevor das Museum noch regulär eröffnet werden konnte. Andere Projekte, wie das Museum österreichischer Kultur, scheiterten ebenfalls.

In der SBZ und späteren DDR war man ebenfalls bald nach Kriegsende um ein Nationalmuseum bemüht. Dieses sollte das sozialistische Weltbild stützen und Geschichte gleichsam so darstellen, als wäre die DDR zwangsläufiges Telos der gesamten deutschen Geschichte. Es sollte ein Ort der Erziehung im Sinne des Marxismus-Leninismus sein. Den Stellenwert, den man Museen in dieser Legitimationsstrategie beimaß, erkennt man daran, dass es Mitte der 1980er Jahre bereits 700 Museen in der DDR gab, von denen sich zwei Drittel historischen Themen widmeten.

Ein Museum für deutsche Geschichte entstand zwischen 1950 und 1952 in mehreren Etappen. Als Ort wurde das ehemalige Zeughaus in Berlin gewählt, das nun zu einer „Stätte der Aufklärung für die Bevölkerung“ umfunktioniert wurde. Am 5. Juli 1952 wurde das Museum in einem Ausweichquartier eröffnet, erst 1967 waren alle Restaurationsarbeiten des Zeughauses abgeschlossen. Die Ausstellung reichte ab 1953 bis zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus“, 1974 kam die Abteilung „Sozialistisches Vaterland DDR“ hinzu.

Nach dem Fall der Mauer 1989 plante das Museum eine grundlegende Revision seiner Ausstellungen. Die Abteilung „Sozialistisches Vaterland DDR“ wurde geschlossen und mittels einiger Sonderausstellungen wurde eine andere Sichtweise auf die Geschichte der DDR gezeigt, so unter anderem in der Schau „Widerstand und Vergessen“ sowie in der Ausstellung „40 Jahre DDR – TschüSSED 4.11.89“. Die Mitarbeiter des Museums bemühten sich zwar um den Fortbestand des Museums

(u.a. mit der Aktion „Die DDR ins Museum“), aber 1990 wurde das gesamte Museum abgewickelt, Bestände, Liegenschaften und Mitarbeiter gingen auf das DHM über.

In der Bundesrepublik Deutschland hingegen herrschte nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst eine gewisse Geschichtsverdrossenheit vor. Einige erfolgreiche Großausstellungen änderten diese Haltung jedoch (1971: „1871 – Fragen an die deutsche Geschichte“, 1977: „Die Zeit der Stauer“, 1981: „Preußen – Versuch einer Bilanz“).

Bundeskanzler Helmut Kohl, einem promovierten Historiker, ist es schließlich zu verdanken, dass bereits zuvor diskutierte Museumsprojekte zu tatsächlich verwirklichten Projekten wurden. In Bonn wurde mit dem Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (HdG) eine museale Einrichtung für die Geschichte der Bundesrepublik und in der ehemaligen Reichshauptstadt Berlin mit dem Deutschen Historischen Museum ein Museum mit einem breiteren geschichtlichen Rahmen zur deutschen Geschichte begründet. Beide Projekte konnten sich gegen zahlreiche Widerstände durchsetzen und auch die politischen Umbrüche der Jahre 1989/90 verhinderten die Museumsprojekte nicht mehr, sondern führten nur zu einigen Änderungen der Museumskonzeptionen. So wurde die Geschichte der DDR im Haus der Geschichte deutlich stärker berücksichtigt.

Das DHM sollte eigentlich einen Neubau erhalten, doch als die Liegenschaft des Museums für deutsche Geschichte (der DDR) frei wurde, wurde das alte Berliner Zeughaus zum Standort. Der ursprünglich vorgesehene Bauplatz wurde für das neue Regierungsviertel benötigt; am ehemaligen Bauplatz des DHM steht heute das neue Bundeskanzleramt.

Im Folgenden benennt die Referentin einige Diskussionspunkte um die genannten Projekte:

- Diskutiert wurde beispielsweise über die Frage, inwieweit Originale oder Repliken ausgestellt werden sollten. (Das HdG stellt heute zahlreiche Repliken aus, das DHM so gut wie ausschließlich Originale.)
- Auch ging es um die Frage, inwieweit in den Museen geforscht werden sollte. (Das DHM forscht an seinen Objekten und für Sonderausstellung stark themenorientiert, das HdG hingegen widmet sich deutlich intensiver der Besucherforschung.)
- Heiß debattiert wurde, inwieweit die Regierung die Ausstellungen beeinflusste.
- Ein weiterer Streitpunkt war, welche Inhalte überhaupt ausgestellt werden sollten. (Sollte das HdG ohne NS-Bezug auskommen? Würde die Einbindung des Nationalsozialismus in eine Erzählung zu 2000 Jahren „deutscher“ Geschichte der Thematik gerecht?)

In Österreich ging es, als in den 1980er Jahren wieder über eine neue historische Einrichtung diskutiert wurde, zunächst weniger um Inhalte als vielmehr um einen Standort für das Museum, wobei es hier zu keiner Einigung kam. Der Plan eines „Hauses der Republik“ wurde letztlich von einer Bürgerinitiative, die sich gegen den Neubau am Albertinaplatz richtete, verhindert. Eine Debatte um die Frage, ob es unabhängig vom Standort sinnvoll sei, die österreichische Zeitgeschichte auszustellen, fand nicht statt. Erst in den späten 1990er Jahren wurde über ein „Haus der Geschichte der Republik Österreich“ verhandelt. Auch die Alternative eines virtuellen Museums wurde angedacht, doch alle Pläne verliefen letztlich im Sande. Zwar gab es im „Gedankenjahr“ 2005 einige erfolgreiche Ausstellungen („Österreich ist frei“, „Das neue Österreich“ und „Jetzt ist er böse, der Tannenbaum“),

doch die Pläne eines österreichischen Nationalmuseums wurden nur zögerlich wieder aufgegriffen. Nun kam auch das Heeresgeschichtliche Museum zunehmend in den Fokus der Überlegungen, ohne dass es zu einer Einigung kam.

2006 trat eine Kommission zusammen, die eine Roadmap erstellte. 2007 legte sie einen Endbericht vor, doch die Inhalte desselben sowie das von einem Museumsberatungsunternehmen in der Folge erarbeitete Konzept einer neuen Einrichtung zur Geschichte Österreichs blieben geheim.

Abschließend fasst Brait die Besonderheiten des österreichischen Museumsprojekts zusammen: Es wird als Geheimsache gehandelt, wobei die in Deutschland breit geführten offenen Debatten eventuell ein Vorbild für Österreich sein könnten. Auch sei die Musealisierung nationaler Geschichten im Kontext der Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses vielleicht schon überholt. Zudem stehe die Konzentration auf die Zeitgeschichte eines österreichischen Nationalmuseums in Widerspruch zum Willen der Bevölkerung, wie Braits eigene Erhebungen ergaben. Die Österreicher wünschten sich vielmehr eine breite Ausrichtung ähnlich der des DHM.

In der Diskussion konkretisierte Brait einige ihrer Ausführungen weiter. Aus dem Publikum kam die spannende Frage, ob die Papiere zum Museumskonzept auch deshalb geheim gehalten würden, weil es nicht unerheblich sei, was man sich traue, in einem österreichischen Nationalmuseum auszustellen, und ob es nicht brisant sei, inwieweit sich Österreich hier z.B. zu Ungarn und Deutschland positioniere. Brait entgegnet, dass eine Ausstellung jedenfalls so konzipiert sein müsse, dass sie zur Diskussion anrege so wie dies beispielsweise dem DHM gelungen sei.

Nationalmuseen im 21. Jahrhundert sollten außerdem, so Brait ferner, keineswegs einen verengten nationalen Blickwinkel haben. Für eine transnational betrachtete Geschichte bietet sich die Geschichte der Habsburgermonarchie besonders an. Zu bedenken sei ferner, so warf Michael Gehler ein, dass in Österreich relativ schnell das alliierte Fraternalisierungsverbot fiel, so dass es den Österreichern möglich war, sich selbst in der Rolle des Opfers zu sehen und daher weniger gezwungen waren, sich selbstkritisch mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen. Dies könne ebenfalls ein Grund für die fehlende Diskussion um ein österreichisches Nationalmuseum sein.